PARTEIEN

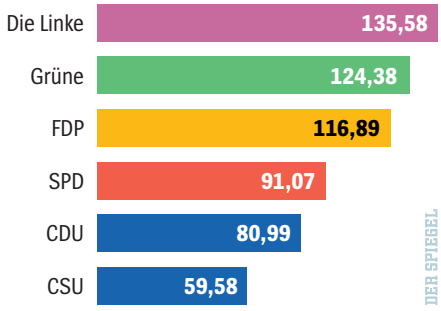
Teure Linke

Die Mitgliedschaft bei der Linken ist eine kostspielige Angelegenheit: Während die Mitglieder ihrer Partei im Schnitt 135,58 Euro im Jahr überweisen, zahlen jene von CDU und vor allem CSU deutlich niedrigere Beiträge. Das geht aus den neuen Rechenschaftsberichten der sechs Bundestagsparteien für das Jahr 2010 hervor. Teilt man die Summe der Beiträge durch die Mitgliederzahl, bilden die Christsozialen mit 59,58 Euro pro Mitglied das Schlusslicht (siehe Grafik). Mitglieder der Linken unterstützen ihre Partei durchschnittlich mit mehr als der doppelten Summe.

Beitragszahlungen

Jahresdurchschnitt je Parteimitglied in Euro

Quelle: Rechenschaftsberichte 2010 der Parteien



WOLFGANG KUMM / DPA

Seehofer, Wulff, de Maizière, Generalinspekteur Wieker bei Großem Zapfenstreich

BUNDESPRÄSIDENT

Begrenzter Luxus

Die Union will Ex-Bundespräsident Christian Wulff ein Büro nur zeitlich begrenzt auf Staatskosten zugestehen. „Die Amtsausstattung sollte dann enden, wenn Wulff wieder eine entgeltliche Tätigkeit aufnimmt“, sagt der für den Etat des Bundespräsidialamts zuständige Haushaltspolitiker Herbert Frankenhauser (CSU). Diese Einschränkung solle für alle künftigen Präsidenten gleichermaßen gelten. Die Opposition will Wulff erst gar kein Büro samt Sekretärin und Fahrer zugestehen. Er habe dem höchsten Amt im Staat schweren Schaden zugefügt, sagt der SPD-Chefhaushälter Carsten Schneider, „eine Gleichbehandlung mit seinen Amtsvorgängern halte ich nicht für akzeptabel“. Das Bundespräsidialamt, das im Haushaltsausschuss die Ausstattung beantragen muss, versucht derweil, die Kosten niedrig zu halten – und Wulffs künftiges Büro in einer bundeseigenen Liegenschaft unterzubringen, um Miete zu sparen.

ZAHL DER WOCHE

Nur **42 %**

der Summe, die Union und FDP im Bundeshaushalt 2011 einsparen wollten, wurden tatsächlich nicht ausgegeben. Wie aus Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft hervorgeht, kamen lediglich 4,7 der 11,2 Milliarden Euro zusammen, die im sogenannten Sparpaket veranschlagt waren. Auch für 2012 liegt die Regierung hinter ihrem Plan zurück: Von den ursprünglich vorgesehenen Einsparungen in Höhe von 19,1 Milliarden Euro ist nicht einmal die Hälfte umgesetzt. Für das kommende Jahr decken die konkreten Maßnahmen, die bisher beschlossen wurden, sogar nur ein Drittel des avisierten Sparvolumens ab. Die Eckwerte für den Haushalt 2013 will das Kabinett noch im März verabschieden.

ENTFÜHRUNGEN

Druck statt Geld

Die beiden deutschen Geiseln, die in Äthiopien entführt waren, sind offenbar durch diplomatische Bemühungen der Bundesregierung freigekommen – und anders als bei vielen Entführungen ohne Lösegeldzahlung. Der Krisenstab im Auswärtigen Amt hatte parallel mit dem Diktator Eritreas, Isayas Afewerki, sowie äthiopischen Stammesältesten verhandelt, die jeweils versprochen hatten, Emissäre zu den Entführern zu entsenden. Nach eigenem Bekunden gehören die Kidnapper zum Stamm der Afar und hatten die Deutschen im Januar in der Danakil-Wüste verschleppt. Eine Delegation äthiopischer Stammesältester bewegte die Afar nun zur Freilassung der Geiseln. Den beiden Deutschen geht es den Umständen entsprechend gut. Zugespitzt hat sich dagegen die Lage eines entführten deutschen Ingenieurs in Nordnigeria. Bei einer missglückten Befreiungsaktion nigerianischer und britischer Spezialkräfte am vergangenen Donnerstag kamen in dem Land zwei Geiseln ums Leben. Von dem Deutschen, der in Kano auf der Straße entführt worden war, fehlt jede Spur.